

DIE LINKE. *im Rat*

Nr. 7 Dezember 2007

Zeitung der offenen Liste DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal

Erfolgreiche Proteste
Schulmittagessen bleibt
kostenfrei S. 2

Energieriesen zerschlagen!
WSW müssen kommunal
bleiben S. 3

Fuhlrott-Museum wird
geschlossen S. 4

Liebe Leserin,
lieber Leser!

Wuppertal ist, wie wir nicht erst seit der Einbringung des Haushaltes 2008/09 wissen, eine hoch verschuldete Stadt. Aber während in den Tageseinrichtungen Kinder ohne eine warme Mahlzeit bleiben und die Stadt ihr großes und renommiertes naturkundliches Museum schließt, will sich Wuppertal die Alimentierung zweier Dezernenten (fast) ohne Aufgabenbereich leisten. Umweltdezernent Bayer ist noch bis 2013 gewählt, Verkehrsdezernent Uebrick bis 2010. Letzterer soll nach dessen Ausscheiden das Dezernat von Udo Hackländer übernehmen, also für 24 Monate ab Herbst 2008 an.

Das macht von der geplanten Umbildung der Dezernate von 2008 an jede Menge bezahlte Untätigkeit bzw. Unterbeschäftigung. Bei einer Besoldungsstufe B5 plus Aufwandsentschädigungen und Zulagen ergibt das mindestens eine halbe Million Euro, die die Stadt mit dem Mehrheitsbeschluss des Rates vom 5. November zum Fenster hinaus wirft. Umgekehrt ist es so, dass der Sozialdezernent Kühn seit dem 1. November bis zur Nachfolge die Aufgaben der ausgeschiedenen Kultur- und Sportdezernentin Drevermann kommissarisch übernommen hat. Das problematisch zu nennen, ist sicherlich noch untertrieben. CDU und SPD erteilen mit der beschlossenen Neuordnung dem Umweltschutz in Wuppertal erneut eine Absage. Dass dieser nicht zu den strategischen Zielen des Oberbürgermeisters zählt, hat er ja in seiner Haushaltsrede schon betont.

Die Konzentration von Macht, die mit der Übernahme des Bauressorts durch den Oberbürgermeister begonnen wurde, wird hier weiter betrieben.

Die arrogante Politik von CDU und SPD, die mit der großen Kooperation vor eineinhalb Jahren begonnen hat, setzt sich hier rücksichtslos und selbstgefällig fort.

Elisabeth August Elke von der Beeck
Gerd-Peter Zielezinski

Wuppertal braucht die sechste Gesamtschule! Elternwille zählt nicht

Wie in jedem Jahr werden auch für das Schuljahr 2008/09 wieder viele Eltern ihre Kinder an den fünf Gesamtschulen in Wuppertal anmelden und auf einen Platz dort hoffen, aber eine Ablehnung erhalten.

scheinheilige Begründung lautete: Man müsse die Vorlage der Verwaltung im Oktober 2007 abwarten. - Normalerweise sollte die Politik die politische Richtung vorgeben, in die die Verwaltung planen sollte - und nicht die Verwaltung der Politik!



Foto: Michael Gayler

Im Oktober fragte die Fraktion DIE LINKE im Schulausschuss nach dem Schulentwicklungsplan. Statt des versprochenen Plans war die Antwort: Die Verwaltung beginnt demnächst erst mit den ersten Planungsschritten; das bedeutet, dass eine mögliche neue Gesamtschule im

Für das laufende Schuljahr wollten 1344 Eltern ihre Kinder in einer Wuppertaler Gesamtschule sehen, für das davor 1275 - genommen wurden nur 778 Kinder, da die Gesamtschulen nicht mehr Plätze haben.

Was tut DIE LINKE?

Deshalb stellte die Fraktion DIE LINKE im Mai den Antrag, die Schulentwicklungsplanung sofort mit dem Ziel einzuleiten, mindestens eine weitere Gesamtschule einzurichten. Dieser Antrag wurde von CDU, SPD und FDP (bei Enthaltung der Grünen) abgelehnt. Die

allerschnellsten Fall erst in drei Jahren gegründet werden könnte, und das wiederum bedeutet: Für viele Kinder kommt diese Planung viel zu spät! Und auch für die Eltern der nächsten Jahre! So missachten Rat und Verwaltung wieder einmal den Willen der Bürgerinnen und Bürger!

Das neue Anmeldeverfahren:

Durch die Grundschulen wurden die Eltern informiert, dass es folgendes Anmeldeverfahren geben wird: Im Februar 2008 werden in einem Zeitraum von drei

Fortsetzung auf S. 2

Wochen an allen Schulen Anmeldungen stattfinden. An den Gesamtschulen müssen zu Beginn dieses Zeitraums in nur vier Tagen die Anmeldungen stattfinden, weil die Gesamtschulen dann ihre Auswahl der Kinder treffen müssen. In der zweiten Woche werden die Eltern benachrichtigt, damit die abgewiesenen Kinder in der noch verbleibenden Zeit an einer anderen Schule angemeldet werden können.

Viele Eltern haben Angst:

„Wenn ich erst in der dritten Woche mein Kind am ...-Gymnasium oder der ...-Realschule anmelde, sind dort sicher auch schon alle Plätze besetzt!“ So eine besorgte Mutter, die befürchtet, dass ihre Tochter dann nicht mehr an das bevorzugte Gymnasium bzw. die ihr empfohlene Realschule gehen kann, denn für einige Gymnasien und Realschulen gibt es ebenfalls mehr Anmeldungswünsche als Plätze. Und diese Mutter fragt sich nun, ob sie lieber sofort in den ersten Tagen ihr Kind am Gymnasium oder der Realschule anmelden soll, statt auf die Gesamtschullotterie zu hoffen.

Wozu gibt es den einheitlichen Anmeldezeitraum?

Bisher konnten die Gesamtschulen mehrere Wochen früher als die übrigen Schulen ihre Anmeldetermine setzen, so dass auch abgewiesene Kinder bereits am ersten Tag bei der Zweitwahl-Schule angemeldet werden konnten. Ab dem nächsten Schuljahr gilt eine andere Regelung. Im Februar 2008 werden danach in einem Zeitraum von drei Wochen die Anmeldungen für alle Schulformen gleichzeitig stattfinden. Das Schulministerium, das das neue Verfahren verordnet hat, setzt offenbar auf die Verunsicherung der Eltern. So hofft es, auf diese Weise die Anmeldezahlen an den Gesamtschulen zu drücken. Viele Eltern befürchten nämlich, dass ihr Kind, wenn es an der gewünschten Gesamtschule abgewiesen wird, wegen des dann zu späten Zeitpunktes einer anderen Schule zugewiesen wird, diese also nicht mehr gewählt werden kann. Bei den so gesunkenen Anmeldezahlen bestünde dann, so die Rechnung der Landesregierung, auch keine Notwendigkeit mehr, wie in Wuppertal neue Gesamtschulen einzurichten. Auch deshalb sollte man sein Kind an einer Gesamtschule anmelden.

Was tut DIE LINKE?

Die Fraktion DIE LINKE hat im Schulausschuss einen Antrag gestellt, der sicherstellen soll, dass keine Nachteile für die Familien entstehen, die erst zum Ende des Anmeldezeitraums an den Zweitwunschschole erscheinen.

Kostenloses Schulmittagessen für SchülerInnen mit Wuppertal-Pass!

Die Proteste gegen die Abschaffung des kostenlosen Schulmittagessens für bedürftige Kinder waren erfolgreich. Nach der großen Demonstration vor dem Rathaus am 3. September wurden auch die nächsten beiden Ratssitzungen von Protestaktionen begleitet, die die „Initiative Schulmittagessen“ organisiert hat. Nun stehen alle Möglichkeiten offen, zum Verfahren zurückzukehren, das bis zu den Sommerferien Gültigkeit hatte.

Vor den Sommerferien hatte die Verwaltung zugesichert, dass auch nach Abschaffung der Kostenfreiheit keine SchülerInnen in Wuppertal hungern müsse.

Stattdessen hörte man nach den Ferien, dass Anträge auf Bezuschussung des Essens durch die Stadt reihenweise abgelehnt wurden, und zwar aufgrund formaler

Fehler bzw. Mängel. Das unbürokratische Verfahren, das die Stadt angekündigt hatte, war ihr nämlich anscheinend nicht möglich. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte dazu bei der Schuldezernentin schriftlich nachgefragt.

Mittlerweile verfuhr die Stadt nach dem Rüttgers-Modell „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Dieses Modell sieht vor, dass das Land einen Euro Zuschuss gibt, ein weiterer Euro von den Eltern geleistet und ein halber Euro von der Stadt gezahlt wird. Für diese städtische Eigenleistung sollten dann auch die Spenden eingesetzt werden, die der Förderverein gesammelt hat. Im Klartext heißt das: Die Spendengelder des Fördervereins sollten dazu benutzt werden, den städtischen Haushalt zu schonen. Das wichtigste aber: Die Stadt beharrte unbeirrt auf dem Eigenanteil der Eltern, der nach den Landesvorgaben verpflichtend sei. Nun hat sich aber nach einer Anfrage der Grünen im Landtag herausgestellt, dass

durchaus im Bedarfsfall „die Übernahme der Eigenanteile der Eltern durch Dritte“ erfolgen kann, „beispielsweise über Spenden und Sponsoren“, so die Antwort der Landesregierung vom 16. Oktober, die erst vier Wochen nach ihrer Veröffentlichung das Wuppertaler Rathaus erreicht hat. (Was machen eigentlich die Landtagsabgeordneten so in Düsseldorf?) Nun kann also das Essen aus drei Quellen finanziert werden: dem auf zwei Jahre beschränkten Rüttgers-Fonds, dem städtischen Anteil und den Geldern des Fördervereins, die hoffentlich ausreichen werden.

Die Fraktion DIE LINKE beantragt auf der Ratssitzung am 17. Dezember 2007, die

Mittel des Fördervereins für den Eigenanteil der Eltern zu verwenden, damit alle bedürftigen Kinder in den Genuss des kostenlosen Schulmittagessens kommen.



Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Ursula Albel, Elisabeth August,
Elke von der Beeck, Gunhild Böth,
Dr. Wolfgang Fenner, Sebastian
Möller, Gerd-Peter Zielezinski
Druck: Druckservice HP Nacke
KG, Wuppertal
Auflage: 70000

Redaktionsschluss: 26.11.2007

Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Energieriesen zerschlagen! WSW müssen kommunal

Der Landtagswahlkampf in Hessen wirft seinen Schatten voraus. Der Wiesbadener CDU-Wirtschaftsminister Alois Rhiel kündigte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Gesetzesinitiative im Bundesrat an, mit der die großen Stromkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW zum Verkauf einzelner Kraftwerke gezwungen werden sollen. Der Christdemokrat nimmt sogar das Wort von der Zerschlagung der Stromkonzerne in den Mund: »Wir brauchen mehr Wettbewerb, damit die Preise für die Verbraucher fallen. Die bisher überhöhten Strompreise sind höchst unsozial, weil sie vor allem Geringverdiener und Familien belasten, die viel Strom verbrauchen.« Und weiter: »Die Erzeuger nutzen ihre Marktmacht konsequent aus, weil es ein Markt mit unelastischer Nachfrage ist, das heißt, jeder braucht Strom und kann nicht auf andere

Radikale Privatisierer WfW

Aber anstatt aus diesem Fehler klug zu werden, beabsichtigt eine ganz große Kooperation aus CDU/SPD/Grüne//WfW erneut einen Teilverkauf der WSW Energie und Wasser AG. Und die FDP will sogar alles verscherbeln. Diese Teilprivatisierung soll unbedingt durchgezogen werden mit den gleichen Argumenten wie 2002, wo von Seiten der RWE alle möglichen Versprechungen gemacht, aber nicht eingehalten wurden. Das Argument, ein strategischer Investor bringe Know-how und Kapital, ist ein altes Märchen. Die Stadt hat mit dem Verkauf von Stadtwerkeanteilen an den strategischen Investor RWE erfahren, dass weder die Strategie des Energieriesen kompatibel mit der eigenständigen Entwicklung der Stadtwerke ist (wobei dies im Vorfeld

regelmäßig versichert wurde) noch eine



Stadtwerke als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge waren immer kommunales Eigentum (Fot Ende 19. Jhdt.).

Energieformen ausweichen ... Deshalb trete ich für eine Zerschlagung des Oligopols auf der Erzeugerebene ein.« So weit, so gut! Derlei scheinbar radikale Rhetorik macht sich gut in Zeiten, in denen viele BürgerInnen über ständig steigende Energiepreise aufgebracht sind. Was der Christdemokrat allerdings vergisst zu erwähnen, ist, dass seine Partei in der Vergangenheit in den Kommunen vielfach beim Verkauf der Stadtwerke assistiert hat. Als Käufer trat meist einer der großen Konzerne auf. So auch in Wuppertal, wo die CDU mit FDP, Grünen und SPD große Anteile der Energiesparte an den Energieriesen RWE veräußerte. Bekanntlich wurde der Vertrag mit RWE rückabgewickelt, da RWE vertragsbrüchig war.

Unterstützung mit Know-how und Kapital stattgefunden hat und noch nicht einmal die im Konsortialvertrag festgelegten Zusagen eingehalten wurden. Die Energiekonzerne sehen ihr Interesse in der Ausdehnung ihrer Absatzmärkte und der Optimierung ihrer Konzernaufstellung und nicht darin, einen kleineren Konkurrenten, an dem sie nicht einmal die Mehrheit halten, möglichst fit zu machen und expandieren zu lassen. Für DIE LINKE ist es völlig unverständlich, dass dies die Privatisierungsbefürworter anders sehen. Die WfW wollten sich noch als besonders radikale Privatisierer hervortun, indem sie in einem Antrag forderten,

noch mehr Anteile zu verhöckern. Das war selbst CDU, SPD und Grünen zu viel. Deshalb zogen die WfW dann ihren Antrag zurück.

DIE LINKE bleibt dabei:

Die Veräußerung von Anteilen der WSW Energie & Wasser führt zu einer Verminderung der Ausschüttung in den Querverbund mit der WSW mobil und damit zu einer Verteuerung und/oder Verschlechterung des ÖPNV und anderer städtischer Leistungen. Aufgrund der abnehmenden Subventionen aus dem Querverbund droht darüber hinaus, andere städtische Betriebe zu privatisieren oder teilweise zu privatisieren und damit mehr und mehr öffentliche Daseinsvorsorge aufzugeben. Wer dies nicht will, muss sich heute gegen den drohenden erneuten Teilverkauf wenden. Es geht um unser Eigentum! Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, nämlich Strom, Gas, Wasser und der ÖPNV, dürfen nicht den Gesetzen der Profitwirtschaft ausgeliefert werden.

„Lekker essen“ mit Hartz IV, Teil 2

Am 16. August 2007 befragte unsere Ratsfraktion die Verwaltung, ob diese der Ansicht sei, dass von dem im Regelsatz festgelegten Ernährungsanteil Kinder ausreichend und gesund ernährt werden könnten. Die Verwaltung sah sich nicht in der Lage, diese schwierige Frage bis zur Ratssitzung am 3. September zu beantworten.

Erst in der Sitzung des Sozialausschusses am 25. Oktober war dies dann möglich. In ihrer Antwort bezog sich die Verwaltung auf die Stellungnahmen der Sozialgerichte, deren Richter den Regelsatz als ausreichend betrachten.

Nun stellen sich uns neue Fragen: Warum brauchte die Verwaltung zwei

Zweitwohnungssteuer für Studierende unzulässig

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat sich mit seinem Urteil am 19. November 2007 der Auffassung der Ratsfraktion DIE LINKE in Bezug auf die Ablehnung der Zweitwohnungssteuer angeschlossen. Die Richter haben der Klage von sieben Studierenden der Bergischen Universität stattgegeben. Diese hatten gegen die Zweitwohnungssteuer der Stadt Wuppertal geklagt. Von dieser Steuer sind auch Studierende betroffen, deren Erstwohnsitz die elterliche Wohnung ist. Selbst Studierende in Wohnheimen sind mit dieser Steuer belegt worden.

Studieren in Wuppertal

von Sebastian Möller, Erstsemester an der Bergischen Universität

Studieren heißt im eigentlichen Wortsinn „eifrig sich bemühen“. Für alle Wuppertaler Studierenden bedeutet das in diesem Wintersemester vor allem, sich eifrig um einen Sitzplatz zu bemühen: An der Bergischen Universität haben sich über 2800 Studierende neu eingeschrieben, eine Zahl, mit der man seitens der Verwaltung angeblich nicht rechnen konnte. Besonders in den Geistes-, Sprach- und Sozialwissenschaften sind die Hörsäle mehr als überfüllt, als Übung gedachte Veranstaltungen müssen mit teilweise weit über 100 TeilnehmerInnen abgehalten werden, und reihenweise wurden Erstsemester von Seminaren ausgeschlossen. Unter solchen Bedingungen scheint es ziemlich unmöglich, das Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren, mit deren Verkürzung doch gerade für die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge geworben wurde. Tatsächliche Effekte dieser Umstellung sind allerdings eine starke Verschulung und Verkümmern des ursprünglich wissenschaftlichen Studiums auf die später ökonomisch verwertbaren Inhalte. Die Verlegung von Vorlesungen in das Cinemaxx ist zwar unter den gegebenen Voraussetzungen eine Verbesserung, allerdings ist ein Kinosaal mit gedämpftem Licht keine lernfreundliche Umgebung. Die schlechten Bedingungen an der Uni werden früher oder später auch auf die Stadt zurückfallen! Einer der genannten Gründe für die Überbelegung am Griffenberg ist ein fehlender Numerus clausus als Zulassungsbeschränkung (der möglicherweise wieder eingeführt wird). Selbstverständlich verringert die Auslese nach der Abiturnote die Anfängerzahl an der Uni, doch kann es nicht gerecht sein, jungen Menschen lediglich aufgrund einer schulischen Bewertung den Zugang zu Bildung zu verweigern. Vielmehr ist es die (bewusst herbeigeführte) Armut öffentlicher Kassen, die für fehlende Investitionen in neue Hörsäle und Lehrpersonal und somit für das Chaos verantwortlich ist, dem sich Studierenden in Wuppertal ausgesetzt fühlen. Die Studiengebühren - auch in Wuppertal werden 500 € pro Semester als Eintrittspreis verlangt - ändern nicht nur wenig an der Finanznot der Hochschule, sie sind auch weiterhin sozial ungerecht! Die Studienbeitragsdarlehen ändern daran nichts, denn mit ihnen müssen gerade die Studenten, die eh schon knapp bei Kasse sind, durch die Zinsbelastungen mehr zahlen als solche mit wohlhabenden Eltern. Auf einer Vollversammlung der Studierenden am 7.11. wurde ein Gebührenboykott für das kommende Sommersemester beschlossen, der wirksam wird, wenn sich 3500 Studenten daran beteiligen. Die Uni kann selbständig über die Erhebung oder Abschaffung der Gebühren entscheiden! Doch der scheidende Rektor Ronge setzt alles daran, den neoliberalen Umbau der Bergischen Universität zu einem Dienstleistungsunternehmen voranzutreiben, in dem Studenten in ihr „Humankapital“ investiert sollen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE erklärt sich mit den Studierenden der Bergischen Universität solidarisch und unterstützt sie im Kampf für bessere Studienbedingungen und gegen Studiengebühren!

Ein kulturpolitischer Skandal

Das Fuhlrott-Museum wird geschlossen

Im Sommer 2008 wird das Fuhlrott-Museum geschlossen. Das hat die Stadtratsmehrheit am 5. November beschlossen. Die Stadtverordnete Elke von der Beeck hat dazu im Rat die folgende Rede gehalten:

„Eine Stadt, die den Mangel nur verwaltet und keine Perspektiven bietet, ist eine sterbende Stadt.“ Diese unserer Ansicht nach vollkommen richtige Feststellung traf Oberbürgermeister Peter Jung in seiner hier vor zwei Wochen vorgetragenen Rede zum nächsten Haushalt, und das ist gut.

Besser wäre es, wenn danach gehandelt würde.

Über die Bedeutung des Fuhlrott-Museums ist schon viel gesagt worden. Als Naturkundemuseum hat es überregionale Bedeutung, schon weil es im Rheinland nicht viele andere gibt. Wuppertal aber scheint das Fuhlrott-Museum auf andere Weise bekannt machen zu wollen. Durch die Schließungsgerüchte nämlich ist es über das Rheinland hinaus auch bundesweit bekannt geworden, etwa durch einen Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Allerdings unterstreicht dieser Umstand nur noch, wie schädlich die Schließung dieses renommierten Instituts ist, und das nicht nur, was die Dauerausstellung angeht.

Nicht zuletzt aber betrifft der Schaden die Stadt selbst: In einer Zeit, in der allgemein beklagt wird, dass bei Kindern und Jugendlichen ein deutlicher Mangel an naturwissenschaftlicher Bildung zu beobachten ist, verbietet es sich eigentlich von selbst, ein solches Museum zu schließen.

Im Gegenteil: Es wäre nötig, dort endlich wieder ausreichend Personal zur Verfügung zu halten und den Kontakt zu Schulen herzustellen. Ein gutes Museum, das auch noch museumspädagogische Betreuung anbietet, ist als außerschulischer Lernort unersetzlich.

„Wir brauchen ein angemessenes Sport-, Freizeit- und Kulturangebot“, so der OB ebenfalls vor zwei Wochen in seiner Haushaltsrede. Und da hat er recht, und zwar nicht nur im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aspekt des Standorts Wuppertal, sondern auch im Hinblick auf die hier lebenden BürgerInnen.

Wenn jedoch, wie geplant, das Museum zum Jahresende geschlossen wird und seine Bestände, die Präparate, die umfangreiche Käfersammlung, die Gesteinssammlung usw. in Container verbracht werden, dann dürfte niemand ernsthaft damit rechnen, dass wir sie jemals wieder in einem Museum in Wuppertal zu Gesicht bekommen werden. Es ist die Rede davon gewesen, bei diesen Containern handle es sich um hochwertige Module, die die notwendigen Luft- und Klimabedingungen gewährleisten.

Um das aber zu können, und zwar über vier oder fünf Jahre hinweg, müssten sie von besserer Qualität sein als die



Das Publikum blickt indigniert.

bislang in Wuppertal schon bekannten und damit so teuer, dass man gleich neue Museumsräumlichkeiten herrichten könnte. Bekannt sind Module als Not-Klassenzimmer an verschiedenen Schulen: Diese Räume waren und sind nicht sonderlich witterungsbeständig, und das Wetter draußen bestimmte das Klima in den Innenräumen. Überdies müsste der Bestand gepflegt werden für diese Zeit. Wer soll das übernehmen? Will man etwa auch dafür die ehrenamtlichen Dienste des Naturwissenschaftlichen Vereins in Anspruch nehmen, der sich nun schon seit Jahren aufopfernd um den laufenden Betrieb und den Fortbestand des Museums kümmert?

Das würde schon an Dreistigkeit grenzen: den Verein erst mit der Schließung vor den Kopf zu stoßen und ihn dann zu benutzen, um die Bestände vor dem Verfall zu retten, Bestände, zu deren Erhalt sich die Stadt zum Teil, soweit es sich um Schenkungen handelt, schriftlich verpflichtet hat. Das Vor-den-Kopf-Stoßen hat auch noch eine andere Seite, und es soll noch einmal aus der Haushaltsrede des OB zitiert werden: „Die Menschen müssen sehen, dass es sich lohnt, sich für Wuppertal zu engagieren.“

Stimmt. Auch deswegen muß das Fuhlrott-Museum erhalten bleiben.